

A n t r a g  
des  
RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Hackl, Findeis und Waldhäusl betreffend gerechte und effektive Politik im Asyl- und Zuwanderungsbereich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern,

- Alles zu unternehmen, damit alle Bundesländer die vereinbarte Quote bei der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbern erfüllen, damit zukünftig eine Überbelegung des Erstaufnahmezentrums Traiskirchen über das vereinbarte Maß hintangehalten wird,
- dass sich die künftige Asylgesetzgebung und Vollziehung weiterhin an den Kerninhalten der Genfer Flüchtlingskonvention orientiert
- auf europäischer Ebene auf Lösungen hinsichtlich der Defizite bei der Umsetzung der Dublin-II-Verordnung durch einige Mitgliedsstaaten und der daraus resultierenden Problemen zu drängen und eine intensive Prüfung und allfällige Anpassung der bestehenden und geplanten europarechtlichen Verordnungen und Richtlinien im Bereich der Asylpolitik anzuregen und
- die mit dem Fremdenrechtspaket 2005 bewirkte Entwicklung zur Senkung der Asylantragszahlen und Einbürgerungen fortzusetzen.

2) Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge LT-1395/A-3/115-2012 und LT-1396/A-3/116-2012 miterledigt.

Ing. SCHULZ  
Berichterstatter

Dr. MICHALITSCH  
Obmann